

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Hubert Iral

**Im Spannungsfeld
zwischen Normalzustand
und Legitimationsfragen.
Die Wahlen zum Europäischen
Parlament 2004 vor dem
Hintergrund der EU-Erweiterung
und des Verfassungsgebungs-
prozesses**

**Discussion
Paper**

**C 139
2004**

Hubert Iral ist seit Dezember 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI. Er studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin (Diplom 1979) und Rechtswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (1. Staatsexamen 1984) Nach der Promotion war er Senior Fellow am ZEI. Im Jahre 2001 leitete er im Europäischen Parlament in Brüssel ein Forschungsprojekt zur EU-Gesetzgebung im Bereich der Mitentscheidung; Auftraggeber war die Fraktion der EVP.

Publikationsauswahl: Handbuch der Politischen Parteien in Europa, Loseblattsammlung, München, Grundwerk 1997; Deutsche und Britische Volksparteien. Ihre zentralen Herausforderungen und ihre Zukunftsperspektiven an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Bonn 1999; Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation, ZEI-Discussion Paper, C 119, Bonn, 2003; (zusammen mit Ralf Capito): Titel I: Definition und Ziel der Union, in: Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents, Bewertungen der Strukturentscheidungen, ZEI-Discussion Paper, C 124, Bonn, 2003, S. 19ff.; (zusammen mit Daniela Beer und Andreas Haratsch): Titel IX: Zugehörigkeit zur Union, in: ebenda, S. 89ff; Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz, ZEI-Discussion Paper, C 133, Bonn, 2004.

Hubert Iral

Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses

Vorwort

Nach dem im ersten Anlauf fehlgeschlagenen Versuch, eine Wirtschafts- und Währungsunion in der EG zu errichten,¹ wuchs die Erkenntnis, dass die Integration kaum ohne eine nennenswerte Flankierung durch deren politische Dimension zu erreichen, bzw. zu beschleunigen ist. Im Zuge der sich nun stärker auf die politischen Aspekte der Integration ausrichtenden Bestrebungen der Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates Mitte / Ende der 70er Jahre wurde beschlossen, den EG-Bürger mehr und intensiver in die politischen Prozesse der Gemeinschaft einzubinden. Die verantwortlichen Politiker erhofften sich davon ein deutliches Ansteigen des Interesses der Bürger für den Integrationsprozess im allgemeinen und für die politischen Belange im besonderen.

Als ein zumindest institutionell dafür aussichtreiches Unterfangen wurde die Umwandlung der Parlamentarischen Versammlung der EG in ein formales Europäisches Parlament angesehen. Dieses sollte sich im Gegensatz

1 Ambrosi, Gerhard Michael: Währungskrisen als Wegbereiter der Europäischen Währungsunion, in: Kirt, Romain (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden, 2001, S. 177 f.

zu bisher nicht mehr nur als proportional von den Mitgliedsstaaten „beschiedenes“ Abstimmungsgremium mit wenig Befugnissen konfigurieren. Statt dessen sollte es sich, entsprechend den parlamentarischen Prinzipien, aus ‚richtigen‘ Abgeordneten zusammensetzen, die von den EU-Bürgern unmittelbar, d.h. in einem speziellen Wahlgang in jedem Mitgliedstaat hierfür (aus)gewählt werden, ohne dass ein weiterer Zwischenschritt dafür erforderlich ist, etwa die Delegation über die nationalen Parlamente. In diesem Sinne wurde für die Zeit vom 7.-10. Juni 1979 die erste Direktwahl angesetzt und auch durchgeführt. Dennoch erfolgte erst mit der EEA (1. Juli 1987) die offizielle Umwandlung der parlamentarischen Versammlung in das nunmehr formell Europäisches Parlament² genannte Organ der EG.

Teil I: Die Entwicklung der Wahlbeteiligungsquoten

A Grundlinien und charakteristische Merkmale

Die Eröffnung der partizipativen Einbindung in die politischen Belange der EU auf oberster Ebene zeigte zunächst auch den erhofften Erfolg, d. h. mehr als erwartet nahmen die Bürger die Möglichkeit wahr, ihre Vertreter für die politischen Belange auf EG-Ebene auszuwählen und nach Brüssel zu ‚delegieren‘. Indem ca. 63 Prozent der EU-Bürger ihre Stimme abgaben, beteiligten sich fast genau 2/3 aller Wahlberechtigten an diesem ersten Urnengang zum Europäischen Parlament. Ein für das in ihrer Wahrnehmung zumindest bis dahin relativ weit entfernten Interessensfeld ‚politisches Europa‘ respektables und einigermaßen überraschendes Resultat.

Aber nicht nur die insgesamt hohe Bereitschaft sich an den Wahlen zu beteiligen, stach ins Auge, interessant war auch, dass sich in nahezu allen damals neun Mitgliedstaaten eine relativ gleich große Zahl der Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligte. Lediglich in Großbritannien, dessen Bevölkerung der Integration schon damals verhältnismäßig reserviert ge-

2 Informell hatte sich die Parlamentarische Versammlung schon seit 1958 als ‚Parlament‘ bezeichnet, dies hatte aber weder EG-intern noch auf internationaler Ebene Anerkennung gefunden.

nüberstand³, wurde ein deutlich den Gesamterfolg minderndes Wahlverhalten registriert. Diese Reserviertheit sollte sich in den darauf folgenden Wahlgängen bestätigen, der relativ niedrige Grad der Zustimmung im Vereinigten Königreich wurde zu einer Dauererscheinung bei EP-Wahlen.⁴ Insofern wurde schon damals der Grundstein für eines der prägnantesten Merkmale der Wahlen zum Europäischen Parlament überhaupt gelegt.

Eine weitere Grundlinie zeichnete sich auch schon damals ab. Aus dem insgesamt sehr nivellierten Gesamtergebnis hoben sich die Resultate von drei Mitgliedstaaten ab, in denen eine weit überproportionale Beteiligungsquote erreicht wurde. Am höchsten war die Beteiligung in Belgien wohl aufgrund seiner Wahlpflichtgesetze, d.h. jeder Bürger, der ohne einen ausreichenden Grund der Wahl fernbleibt, muss eine relativ empfindliche Geldbuße bezahlen. Insofern sind Wahlbeteiligungsziffern von über 90 Prozent in Belgien keine Seltenheit gewesen. Infolge der verhältnismäßig kleinen Wählerschaft hat sich das gute Ergebnis aber nicht so sehr auf das Gesamtergebnis ausgewirkt. Etwas anders verhält es sich mit dem zweiten Mitgliedstaat, der seit der ersten Wahl eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung erreicht. Italien steuert im Schnitt zwischen 70 und 80 Prozent Wahlbeteiligung zum Gesamtwahlergebnis bei. Der Input auf die Wahlergebnisse war infolge seiner Größe, respektive der Zahl seiner Wahlberechtigten weit höher einzuordnen. Die Gründe für die hohe Wahlbeteiligungsziffer in Italien sind nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Möglicherweise aber spielt die führende Rolle des Landes als eines der Hauptbegründerländer der Integration⁵ hier mit hinein. Das dritte Land, Luxemburg, das permanent eine Beteiligungsquote von nahezu 90 Prozent erzielt, kann das wohl auf seine exponierte Stellung als ‚Heimat‘ verschiedener Gemein-

3 Der Beitritt Großbritanniens war weit mehr eine Sache der Regierung, die sich vor allem wirtschaftliche Vorteile davon versprach

4 Die Beteiligung war fast immer die geringste in der gesamten EG/EU und betrug im Schnitt in den fünf Wahlen lediglich 32,7 Prozent; die höchste Beteiligungsrate lag bei 36,4 Prozent (1994)

5 Einer der eifrigsten Verfechter der Europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war der lombardische Politiker und Staatsmann Alcide de Gasperi und die Unterzeichnung der Abkommen hierzu fand in der italienischen Hauptstadt statt; sie sind als „Römische Verträge“ die eigentlichen Gründungsdokumente der Integration.

schafts-/Unionsinstitutionen und auf seine Funktion als führender Finanzdienstplatz der Gemeinschaft zurückführen. Diese bescheren den Bürgern des Landes die höchste Lebensstandardziffer der Mitgliedstaaten und steigern überdies das Renommee des Staates sowohl gemeinschaftsintern wie auch auf internationaler Bühne. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich der Bürger Luxemburgs mit der Integration geradezu identifiziert. In bezug auf den Auswirkungskoeffizienten für das Gesamtwahlergebnis gilt allerdings das zu Belgien Gesagte entsprechend.

Während also diese Staaten ein relativ konstantes Bild zeigten, entwickelte sich das Wahlverhalten in den anderen „EP- Mitbegründerstaaten“ in unterschiedlicher Weise. In Irland und Dänemark gab es ein Auf und Ab bei den Wahlbeteiligungsziffern. Dagegen begann in Deutschland und Frankreich der Trend zu einer stetig abnehmenden Wahlbeteiligung, der sich mit jeweils einer Ausnahme (mit leichter Zunahme bei einer Wahl) bis in die Gegenwart hinein fortsetzte. Ähnliches gilt für die Niederlande, mit dem Unterschied, dass dort bei der letzten Wahl der Prozentsatz wieder deutlich angestiegen ist.

Diese Muster wurden auch durch die folgenden Erweiterungsrounden, d. h. durch das Wahlverhalten der damit jeweils neu hinzukommenden Mitgliedstaaten nicht signifikant geändert, geschweige den vollkommen neu strukturiert. Griechenland, Spanien und Portugal zeigten eher eine Zu- und Abnahme beim Wahlinteresse der Bürger, vergleichbar Irland und Dänemark. Dem gegenüber konnte Finnland auf einen bemerkenswerten Anstieg verweisen, insbesondere 2004 war das der Fall. Nur in zwei Beitrittsländern Österreich und Schweden trug das Wahlverhalten dazu bei, dass der permanente Trend zu einer fortwährenden Abnahme der Beteiligungsziffern anhielt.

Alle diese Staaten waren aufgrund ihrer längeren Vergangenheit, ihrer kulturellen Verwurzelung, ihrer Traditionen, ihren Mentalitätsmustern etc., offensichtlich in der Lage, sich schnell in den main stream des integrativen Prozesses einzubringen. Hilfreich war dabei sicherlich, dass die allermeisten von ihnen vor Anbeginn ihrer Wahlbeteiligung in der EG / EU originärer Teil der westlichen Wertegemeinschaft, der westlichen Wirtschafts- und

Gesellschaftsordnungen, der westlichen Finanzwelt etc. waren. Sie mussten also keine wirklichen gesellschaftlich-politischen Umbrüche durchstehen oder ihre wirtschaftlich-sozialen Grundstrukturen sozusagen auf den Kopf stellen, bevor sie an den EP-Wahlen teilnehmen konnten.

Insoweit war es mehr oder wenig logisch, dass sie auch das durchschnittliche Wahlverhalten der alten Mitgliedstaaten adaptierten. So gesehen waren die ‚unauffälligen‘ Wahlbeteiligungsziffern dort nicht wirklich sensationell; sie konnten eigentlich so erwartet werden.

Dass drei von ihnen Spanien, Portugal und Griechenland noch Ende der 60er Anfang der 70er Jahre wenig demokratisch strukturiert gewesen waren, hat sich im nachhinein als kaum bemerkbar bei den Wahlbeteiligungsquoten erwiesen.

B Ausgangslage für die Europawahl 2004

Die seit ihrem Beginn also grundsätzlich gleichbleibende Beteiligungscharakteristik der EP-Wahlen stellte sich vor den letzten Wahlen aus zwei Gründen anders dar.

I. Wirkungsfaktor Verfassungskonvent

Aufgrund der weitgehend medial für die Bürger zugänglichen Abläufe und Sequenzen des seit 2002 tagenden Verfassungskonvents hatte sich eine Art neuer ‚Öffentlichkeit‘ bei übergeordneten Integrationsbelangen herauskristallisiert. Mit der Verfassungsthematik bzw. mit der Herausarbeitung eines Verfassungsvertrages für die Europäische Union war zudem eine neue, höhere Stufe der Integration erreicht worden. Diese war infolge der weitgehend transparent ablaufenden Prozedere beim Verfassungswerden zumindest potentiell für die Wahlbürger erfahrbar und auch in großen Teilen verständlich, d.h. nachvollziehbar geworden. Insoweit unterschied sich diese Situation doch erheblich von den relativ verschleiert ablaufenden früheren Integrationsaktivitäten, seien diese auch formal oder auch von der Sache her noch so bedeutend gewesen. Beispielsweise die Gründung der Europäischen Union durch die Maastrichter Verträge, 1993, die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion im Zuge der Vollendung des Binnen-

marktes oder die Begründung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik für die Europäische Union gehören hierzu.

Die aus der ungleich größeren Transparenz resultierende Chance zum Kennenlernen und Verstehen EU-europäischer Belange hatte im Verein mit der gegenüber früher erheblich bürgernäher dargelegten und erläuterten Integrationsphase „Werden des Europäischen Verfassungsvertrages“ die Hoffnung auf einen Wandel beim Wählerverhalten aufkeimen lassen. Damit - so die Annahme – könne die beim Fernbleiben von den Wahlen vielfach als Abstinenzgrund benannte ‚Unverständlichkeit‘ europäisch-integrativen Handelns zumindest in Teilen beseitigt und die Distanz der Bürger zum „europäischen Wählen“ spürbar gemindert werden.

II. Auswirkungen der EU-Erweiterung

Die zweite große Veränderung vor der Wahl 2004 betraf die Teilnahme der für die EP-Wahlen zugelassenen neuen Mitgliedstaaten.

Ihre geografisch-kulturelle Zusammensetzung reichte von einer mediterranen Insellage bis zur Anrainerstellung an Skandinavien; schon insoweit war also eine verhältnismäßig breitgelagerte Heterogenität zu beachten. Darüber hinaus war ein Großteil von ihnen aus der Erbmasse des Warschauer Paktes hervorgegangen; insoweit waren nach dessen Auflösung die ehemals eigenstaatlich-europäischen Traditionen deformiert zurückgeblieben und mussten mehr oder weniger wiederbelebt werden. Das mit der sowjetischen Oberhoheit einhergehende sozialistisch (kommunistisch) ausgerichtete Wirtschaftssystem bedurfte ebenso der Transformation, wie andererseits die Gesellschaften einer Neubelebung durch pluralistisch-westliche Wertekategorien: Demokratie, Parlamentarismus, Grund- und Freiheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit etc. Für diese Prozesse hatten die Reformdemokratien im Schnitt gerade mal etwas mehr als ein Dutzend Jahre Zeit gehabt. Von einer flächendeckenden Implementierung der Neuerungen konnte also vor der Wahl 2004 keine Rede sein.

Auf der anderen Seite war gerade in der jungen Generation eine Art Aufbruchstimmung zu verzeichnen. Die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Begabungen auf einem freien Markt umsetzen zu können, wirtschaftlich-finanziell aufzusteigen, ggf. im Ausland Erfahrungen zu sammeln und aus

alldem vielversprechende Zukunftsperspektiven zu entwickeln, förderten diese Einstellung. Dazu gehört dann auch die Bestimmung der Vertreter dieser ihrer Interessen auf europäischer Ebene, will heißen die mehr oder weniger selbstverständliche Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Ausgehend von diesen Gegebenheiten bildeten sich im Vorfeld der Wahlen zwei ‚Schulen‘ hinsichtlich des zu erwartenden Wahlverhaltens heraus. Die Vertreter einer eher optimistischen Betrachtungsweise wollten in den Bevölkerungen der Reformdemokratien mehrheitlich so etwas wie Hoffnung und Zuversicht auf ein besseres Dasein erkennen, dass sich in der EU-Mitgliedschaft sichtbar manifestiert habe. Die Chance zur Teilnahme an den Europawahlen sei deshalb in deren Augen sozusagen die erste große Offerte hierfür. Hinzu käme für die jungen Bürger auch noch der Reiz des Neuen, des sich selbst Erprobens und Beweisens. All das zusammen würde im Endeffekt zu einer überproportionalen Beteiligungsquote bei den Europawahlen in den beigetretenen Mitgliedstaaten führen.

Dem gegenüber warnten die Anhänger einer etwas pessimistischeren Sichtweise vor allzu viel Euphorie. Die den Bürgern im Zuge der ökonomisch-finanziellen Transformation auferlegten und abverlangten Opfer hätten zu einer weitgehenden Ernüchterung in bezug auf die Segnungen der neuen Zeit, einschließlich der EU-Einbindung geführt.

Diese Tendenz spiegele sich im Erstarken nationalistisch-populistischer Gruppierungen in einigen Staaten, vor allem in Polen und Tschechien aber auch in Lettland wider. Darüber hinaus sei auch bei einigen ‚etablierten‘ politischen Parteien eine etwas EU-skeptischere Haltung zu konstatieren, beispielsweise in der christlich-konservativen Partei (ODS) Tschechiens.

Eine Beteiligung an den Wahlen zum EP werde folglich allenfalls westliche Größenordnungen erreichen, aber keinesfalls zu einer Verbesserung des Gesamtergebnisses auf EU-Ebene führen.

Neben diesen Hauptfaktoren war auch einigermaßen unklar, wie sich das geteilte Zypern, d. h. der nur an der Abstimmung teilnehmende Südteil der Insel bei der Europawahl verhalten werde, zumal die EU im Vorfeld des

Beitritts ziemlich harsch ob dessen Halsstarrigkeit gegenüber einer Wiedervereinigung mit dem türkischen Teil reagiert hatte.

Am unproblematischsten gestalteten sich die Prognosen in bezug auf Malta. Die schon bei der Aufnahme in die EU sichtbare große Integrationsbereitschaft ließ dort eine hohe Wahlbeteiligung erwarten.

C Wahlverhalten und Wahlergebnisse bei der Wahl 2004 in ausgewählten Mitgliedstaaten

Die Wahlen zum Europäischen Parlament waren wieder auf mehrere Tage verteilt. Sie erstreckten sich dieses Mal vom 10. bis zum 13. Juni 2004.

Aus den Resultaten in den Niederlanden, die als erste wählten, waren noch keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der generellen Wahlbeteiligung zu entnehmen, zumindest das Ergebnis spiegelte den Trend, der sich in den anderen Wahlen dann abzeichnete, nicht wider; wie oben dargelegt, nahm die Wahlbeteiligung dort wieder Erwartungen deutlich zu. Insofern war auch der Umstand, dass die Niederlande entgegen der ausdrücklichen Auflage seitens der EU-Kommission schon vor Ende aller Wahlen in allen Mitgliedstaaten mit relativ exakten Zahlen und Fakten ihr Wahlergebnis veröffentlichten, nicht der von der Kommission befürchtete Charakter einer Wahlbeeinflussung beizumessen.

Neben der Frage nach der Wahlbeteiligung, die einen gewissen Hinweis auf die generelle Akzeptanz der Union in den Reihen der Bürger enthält, ist natürlich in erster Linie das daraus resultierende Wahlergebnis von Bedeutung. Das heißt vor allem, welche politischen Richtungen und Kräfte haben sich in den einzelnen Mitgliedstaaten durchgesetzt? Sind die integrationsfreundlichen als Sieger hervorgegangen, und wenn ja, mit welchem Vorsprung haben sie gesiegt? Haben sie ihre bisherige Stellung halten können, bzw. sogar Zugewinne erzielt oder mussten sie Abstriche hinnehmen, wenn ja, in welcher Größenordnung? Oder haben eher Europa-skeptische Gruppierungen, Vereinigungen etc. die Oberhand behalten oder haben diese zumindest deutlich an Boden gewonnen, falls ja, wie weit reichten diese Zuwächse? Welche Rolle haben die traditionell großen bzw. etablierten Kräfte gespielt – vermochten sie ihre Position zu behaupten? Gibt es neue politi-

sche Interessensvertretungen, die bisher noch nicht an Europawahlen teilgenommen haben? Wie groß sind diese und welches politische Gewicht bringen sie mit? Wen repräsentieren sie, sind sie Spiegelbild eines (weit) verbreiteten Empfindens in der Union? Sind einzelne Persönlichkeiten oder Personen in den Vordergrund getreten, die aufgrund ihrer Vita als Reformierer oder nur als Quertreiber der Integration eingestuft werden können – müssen?

All diesen Fragen und Problemstellungen soll im folgenden anhand der Auswertung und der Analyse der Ergebnisse in einigen ausgewählten Mitgliedstaaten nachgegangen werden. Auswahlkriterien sind dabei Größe und Bedeutung eines Mitgliedstaates. Traditionell-prägnante Entscheidungsleitlinien bei EP-Wahlen im politischen und gesellschaftlichen Bereich sollen eine genauso große Beachtung hier finden, wie umgekehrt besondere Entwicklungslinien, Ereignisse und Tendenzen

In Anlehnung an das oben dargelegte Novum der erstmaligen Teilnahme der „Neuen“ soll zudem differenziert werden zwischen den Ergebnissen aus den alten und den neuen Mitgliedstaaten. Auf diese Weise lassen sich u. U. Schlüsse nicht nur auf die unterschiedliche Wahlbeteiligung, sondern auch auf signifikant voneinander abweichende politische Präferenzen in der Wählerschaft herausarbeiten.

I. Wahlergebnisse im alten Unionsgebiet

Deutschland

Wie bereits oben erörtert, gehört Deutschland (neben Frankreich) mit zu den beiden Staaten, in denen seit Anbeginn der EP-Wahlen – mit Ausnahme der zweiten von 1981 – eine permanent nach unten gerichtete Beteiligungsziffer festgestellt werden muss. Ganz in diesem Trend verringerte sich bei der 2004- Wahl die Wahlbeteiligung erneut auf den nunmehr niedrigsten Stand von 43 Prozent; 1999 waren es noch 45, 2 Prozent gewesen.

Dem Ergebnis nach vermochten beide großen Volksparteien nicht ihre Resultate aus der 5. EP-Wahl zu bestätigen. Während aber die Unionsparteien nur ca. 3,5 Prozent Wählerstimmen verloren und knapp 45 Prozent erzielten, musste die SPD mit nur noch etwas über 21 Prozent Stimmanteilen

einen nahezu erdrutschartigen Rückgang hinnehmen. Alle anderen aus Deutschland in das EP einziehenden Parteien, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und PDS verbesserten sich gegenüber 1999; dabei gelang der FDP nach 10 Jahren der Wiedereinzug ins EP mit 6 Prozent, Bündnis 90 / Die Grünen verdoppelten mit 11,6 Prozent beinahe ihr Ergebnis und die PDS legte um ca. 0,5 auf 6,2 Prozent zu.

Obwohl sich also insgesamt gesehen die etablierten Interessensvertretungen behaupteten, waren im deutschen Wahlergebnis auch einige bemerkenswerte Korrelationen bei den Kleinen zu verzeichnen. So konnte die neugegründete Familienpartei auf Anhieb ein Prozent der Stimmen erzielen und auch eine reine Interessenspartei wie die für den Tierschutz erreichte immerhin 1,3 Prozent, wobei sie ihren Anteil mehr als verdoppelte. Aber auch auf dem rechten Rand des Parteienspektrums war Bewegung zu erkennen. Der rechtsradikalen NPD gaben 0.9 Prozent der Wähler ihre Stimme, fast doppelt so viele wie 1999. Deutschland erlebte also wie andere alte Mitgliedstaaten etwa Frankreich oder Belgien⁶ auch – wenngleich in weit geringerem Maße als diese – ein relativ erfolgreiches Auftauchen ‚unorthodoxer‘ Interessensvertretungen und eine Art Neubelebung des Parteienspektrums auf der äußersten Rechten.

Frankreich

Mit exakt vier Prozent Verlust auf jetzt 42,8 Prozent erlebte Frankreich einen noch größeren Rückgang bei der Wahlbeteiligung als Deutschland, und wie in diesem ist auch in Frankreich der bisher niedrigste Beteiligungsquotient bei EP-Wahlen zu verzeichnen.

Vor dem Blick auf die Wahlergebnisse ist vorzuschicken, dass ein Vergleich der Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien aufgrund der ‚Flexibilität‘ des französischen Parteiensystems nur bedingt möglich ist. Die

⁶ Die rechtspopulistische Vlamse Blok, der vor allem bei kommunalen Entscheidungen (u. a. Antwerpen ca. 30 Prozent) aber auch in regionalen Wahlen immer schon verhältnismäßig große Resonanz gefunden hat und teilweise auch auf nationaler Ebene auf sich aufmerksam machen konnte, gelang es erstmals auch in den Europawahlen ein zweistelliges Wahlergebnis zu erzielen; sie vermochte nicht weniger als 14,3 Prozent auf sich zu vereinen.

Umgruppierungen, Neuformierungen, Fusionen, Spaltungen etc⁷. spiegeln ähnlich dem des italienischen Parteienwesens mit die instabilste und fragilste Parteienlandschaft in den alten Mitgliedstaaten wider. Eher aussagekräftig ist das für Frankreich typische Lagerverhalten der Parteien, d. h. dass sich die in Toto eher konservativ-bürgerlichen Kräfte in einem (rechten) ‚Lager‘ zusammenfinden, während die andere Seite des Parteienspektrums das ‚linke Lager‘ bildet. Die zuletzt erfolgten Neuformierungen sind insoweit lagerkonform verlaufen, so dass ein Vergleich in dieser Art sinnvoll erscheint.

Le ‚Total Droite‘⁸ erzielte 2004 zusammen beinahe 38 Prozent der Stimmen und blieb damit in etwa auf dem Niveau von 1999. Wenn nach der Wahl vielfach von den Verlusten des konservativ-liberalen Regierungslagers die Rede war⁹, so bezog sich dieses in erster Linie auf den Vergleich mit dem Ergebnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 2002, als das Lager nahezu zwei Drittel der Parlamentssitze errungen hat. Le Total Gauche erreichte 2004 knapp 43 Prozent, verbesserte sich dabei gegenüber 1999 um etwa 5,5 Prozent und nahm im Vergleich zu 2002 weit überproportional zu. Dabei erhielten die Sozialisten als größte Partei fast 29 Prozent der Stimmen, also sieben Prozent mehr als 1999; zugleich war es ihr bestes Wahlergebnis bei Europawahlen überhaupt.

In bezug auf den hier untersuchten Gegenstand war im übrigen besonders bemerkenswert, dass die neu formierte Anti-EU Partei MPF, unter Führung von Charles Pasqua fast acht Prozent erzielte. Etwas mehr (10 Prozent) der Wähler gaben erneut dem Front National, der traditionellen Rechtsaußenpartei Frankreichs ihre Stimme; die Partei konnte dabei ihr Ergebnis gegenüber 1999 nahezu verdoppeln. Sie ist ebenfalls zumindest als euroskeptisch bis EU-distanziert einzustufen ist, da sich bei ihr die Eigenschaften „rechtsextrem“ und „anti-europäisch“ überschneiden.¹⁰

7 Vgl. Iral, Hubert: Handbuch der politischen Parteien in Europa, Kapitel Frankreich, S. 7 f. Loseblattsammlung, München 1999

8 Le Monde, Mardi 15 Juin 2004, S. 1

9 Siehe Le Figaro, Lundi 14 Juin 2004, S. 4

10 Vgl. Hix, Simon / Lord, Christopher: Political Parties in the European Union, Houndmills, Basingstoke, Hampshire and London: Mcmillan Press, 1997, S. 42-50

Österreich

Österreich gehört nicht zu den Gründungsmitgliedern der EG/EU, sondern ist erst seit 1995 wahlberechtigt. Die Untersuchung der Wahlbeteiligung und des Wahlverhaltens seiner Bevölkerung eröffnet also einen etwas anderen Blickwinkel als bei den Alt-Mitgliedstaaten.

Aus der Reihe der vor 2004 der EU angehörenden Mitgliedstaaten war Österreich andererseits das dritte (und letzte) Land in dem die Wahlbeteiligung erneut zurückging; sie sank noch gravierender als in Frankreich um mehr als 7,7 Punkte auf knapp 42 Prozent und erreichte somit nicht nur einen ähnlich niedrigen Wert wie in Deutschland und Frankreich, sondern auch den absolut niedrigsten Stand seit Beginn seiner Wahlteilnahme 1996.¹¹

Sieger der EP-Wahl wurde die SPÖ mit ca. 33,5 Prozent; sie legte im Verhältnis zu 1999 um etwa ca. 2 Prozent zu. Die ÖVP gewann in ähnlicher Größenordnung und kam auf 32,7 Prozent.

Dagegen verlor die mitregierende FPÖ nahezu dreiviertel ihrer Wähler und kam nur noch auf 6,2 Prozent. Die Grünen verbesserten sich dagegen um rund 3,5 auf jetzt 12,8 Prozent.

Das herausragende Ergebnis spiegelt aber der Erfolg der „Liste Hans Peter Martin“ (Liste HPM) wider; sie kam, erstmalig angetreten, auf nicht weniger als 14 Prozent. Die Liste ist eine Gründung des EU-Parlamentkritikers Hans-Peter Martin, der – selbst MdEP – in der vergangenen Legislaturperiode öffentlichkeitswirksam auf – vermeintliche – Schwachstellen im Parlamentsbetrieb aufmerksam gemacht hatte. Die Liste wurde damit drittstärkste Kraft Österreichs im EP.

11 Eine Sonderregelung im Beitrittsvertrag erlaubte den drei 1995 beigetretenen Mitgliedstaaten Österreich, Schweden und Finnland nach dem Beitritt separate Wahlen für die Besetzung ihrer MdEP durchzuführen, um ein authentisches Bild von den Interessenslagen ihrer Wählerschaft im Europäischen Parlament zu gewährleisten. Der Zeitraum zwischen der vorhergegangenen Wahl 1994 und der nächsten 1999 hätte nach Ansicht der EU-Kommission (und auch der Beitrittsländer) eine in dieser Hinsicht zu lange Interimsphase bedeutet.

Finnland

Im Kontrast zu Österreich als ebenfalls Jung-Mitgliedstaat steigerte sich die Wahlbeteiligung in Finnland 2004 um fast 10 Punkte auf über 41 Prozent und erreichte damit hinter Großbritannien und Irland die drittgrößte Steigerungsrate im gesamten Wahlgang. Der Blick auf die Beteiligungsquote von ca. 41,1 Prozent zeigt jedoch, dass sich hier eine Art Normalisierung abspielte, indem sich die Beteiligungsquote dem EU-Durchschnitt (wieder) annäherte. Andererseits ist zu bedenken, dass das Land 1996, bei seiner ersten Teilnahme, eine Wahlbeteiligung von über 60 Prozent aufweisen konnte.

Wahlsieger wurde die regierende nationale Sammlungspartei Kansallinen Kokoomus (KoK) mit fast 24 Prozent, sie musste aber einen Verlust von etwa 1,5 Prozent hinnehmen. An zweiter Stelle rangiert die Zentrumsparitei Kekustapuolue (KESK); sie errang fast 23,5 Prozent und gewann exakt zwei Prozent hinzu. Die dritte Stelle nimmt die sozialdemokratische Sosialdemokraatit (SDP) mit knapp 18 Prozent ein, sie konnte wie die KESK um genau zwei Punkte zulegen.

In Finnland gab es keine Quereinsteiger, weder als Organisation noch als Einzelpersonen, die besonders auf sich aufmerksam gemacht hätten¹².

Vereinigtes Königreich

Wider Erwarten und entgegen vieler Prognosen verringerte sich die Wahlbeteiligung im Vereinigten Königreich nicht. Im Gegenteil, das Land kann mit über 14 Prozent auf den größten Zuwachs von allen Mitgliedstaaten verweisen, nachdem es 1999 mit lediglich 24 Prozent das Schlusslicht gebildet hatte.

Wahlgewinner wurden die Konservativen mit fast 27,5 Prozent, denen es nach 1999 zum zweitenmal gelang, die regierende Labour Party, die etwas mehr als 22 Prozent erzielte, hinter sich zu lassen. Allerdings verlor die Conservative Party mehr als acht Prozentpunkte gegenüber 1999. Der Rückgang der Labour Party war mit ca. sechs Prozent ähnlich hoch, wirkte

12 Vgl. Helsingin Sanomat vom 15. Juni 2004, S. A 10

sich aufgrund des niedrigeren Ausgangswertes aber gravierender aus als der bei den Konservativen.

Die traditionell dritte Kraft im britischen Parteiensystem, die Liberal Democrats (Lib Dem) mussten diesmal diese Position räumen, trotz der 14,9 Prozent Stimmenanteil, die eigentlich einen Zugewinn von knapp drei Prozentpunkten bedeuteten.

Mit beinahe schon sensationellen 16,2 Prozent ging der dritte Platz an die dezidiert EU-feindliche¹³ United-Kingdom-Independence Party (UKIP). Deren über neun Prozent Zuwachs beinhalteten im Verhältnis zu 1999 ein über das doppelte hinausgehendes Stimmenpotential in der britischen Wählerschaft and the „most spectacular breakthrough in British politics in 20 years after a unexpectedly strong performance in the elections to the European parliament.“¹⁴ Zugleich wuchs die Partei zur nominell stärksten Anti-EU-Gruppierung in allen alten Mitgliedstaaten auf, noch vor dem Vlamse Blok und dem Front National.

Von den über Fünf Prozent liegenden Parteien erreichten mit nahezu unveränderten 6,5 Prozent die Green Party den vierten Platz.

Niederlande

Die Niederlande sind der Mitgliedstaat in den Reihen der Gründer bei dem sich nach einem stetigen Niedergang von 63 Prozent (1979) auf gerade noch 30 Prozent (1999)¹⁵ ein nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe erwarteter Zuwachs bei der Wahlbeteiligung 2004 einstellte. Der Anstieg um mehr als neun Prozent bedeutete zugleich den dritten Platz bei den Zuwachsraten hinter Großbritannien und beinahe den Gleichklang mit dem Anstieg in Finnland.

Stärkste Partei blieb zwar der CDA mit 24,5 Prozent, aber mit einer Einbusse von 2,5 Prozent. Dahinter folgten die oppositionelle PvdA mit 23,6

13 Leitmotiv des Party Manifestos war die Parole „Leave the Union“ and “The UK Independence Party is committed to withdrawing Britain from the European Union.” ; vgl.: The United Kingdom Independence Party: Mission Statements

14 Nicholas Watt: “Biggest Election Surprise since 1983”, in: The Guardian vom 14. Juni 2004, S.1

15 Damit wiesen die Niederlande hinter Großbritannien die zweitniedrigste Beteiligungsquote unter allen Mitgliedstaaten auf.

Prozent und einem Zugewinn um 3,5 Prozent. Den dritten Platz behielten die VVD mit 13,3 Prozent, sie verloren jedoch gegenüber 1999 mehr als 6 Prozent Wählerstimmen. Deutliche Verluste mit mehr als zwei Prozent mussten auch die niederländischen Grünen hinnehmen, ihre 7,4 Prozent ließen sie aber gerade noch den vierten Platz bewahren. Damit lagen sie jedoch nur einen Zehntel Prozentpunkt vor der eigentlichen Wahlüberraschung, vor der Liste Europa Transparent (EurTrans); diese war von dem ehemaligen EU-Beamten Paul van Buitenen erst vor einem Jahr gegründet worden. Die Liste war im Wahlkampf als Reformmentor für eine „saubere“, skandalfreie Integration eingetreten. Liste und Mentor sind also typische Quereinsteiger und Vertreter einer nicht traditionell parteigebundenen politischen Bewegung pro-EU. Noch hinter EurTrans mussten sich die Sozialisten (SP) einreihen, obwohl sie von 5,1 (1999) auf jetzt 7,0 Prozent zulegten. Die D 66 erhielt mit 4,8 Prozent in etwa gleich viel Stimmen wie 1999.

Dänemark

ist innerhalb der alten Mitgliedstaaten das Land, in dem sich beinahe schon traditionell starke euroskeptische Strömungen bis hin zur EU-Distanz herausgebildet haben.¹⁶

Die Wahlbeteiligung lag mit 47,2 Prozent zwar über dem Durchschnitt, aber nahm seit 1999 um fast drei Prozentpunkte ab.

Als Sieger gingen aus der Wahl die oppositionellen Sozialdemokraten hervor, sie errangen 32,5 Prozent der Stimmen und legten dabei um 6 Prozentpunkte zu. Mit einem Verlust von fast vier Prozent auf jetzt knapp 19,5 Prozent der Stimmen belegte die rechtsliberale „Venstre“ den zweiten Platz.

Dritte wurden die Konservative Folkeparti (KF) und erzielte dabei mit 11,3 Prozent fast drei Prozent mehr als 1999. Den vierten Platz erreichte die linksliberale „Radikale Venstre“ (RV), obwohl sie über 2,5 Prozent verlor und bei knapp 6,5 Prozent landete.

¹⁶ Exemplarisch sei hier nur auf das problematische Prozedere bei den zwei Referenden des Landes zur Ratifizierung des Maastrichter Vertrages hingewiesen

Bemerkenswert ist das schwache Abschneiden der Parteien, die erklärte EU-Gegner sind.¹⁷ Während die Juni-Bevægelsen (BV), die 1999 noch über 16 Prozent erzielt hatte, in ihrem Stimmenanteil nahezu halbiert wurde und exakt neun Prozent erreichte, gelang es ihrer Schwesterpartei Folke-Bevægelsen, die 1999 noch ähnlich stark wie die Juni-Bevægelsen jetzt abgeschnitten hatte,¹⁸ nur noch etwas mehr als 5 Prozent der Stimmen zu erringen. Die Anti-EU-Listen verloren also insgesamt die Hälfte ihrer Wähler. Auf dem rechten Flügel des dänischen Parteienspektrums konnte sich allerdings die ebenfalls ausgesprochen EU-kritische Danske Folke Parti um ein Prozent auf jetzt 6,8 Prozent verbessern.

II. Wahlergebnisse im erweiterten Unionsgebiet

Malta und Zypern

Die Insel Malta stellt einwohnermäßig den kleinsten Mitgliedstaat dar und bildet den Außenposten der EU an der Peripherie zu Afrika. Insoweit wird das Land auch relativ nah mit der boat people Problematik der EU konfrontiert.¹⁹ Ob das vielleicht einer der Aspekte dafür war, dass sich Malta sowohl beim Referendum über den Beitritt als auch jetzt wieder in Form der hohen Teilnahme an den EP-Wahlen so eindeutig für die Integration aussprach, soll hier dahin gestellt bleiben. Fakt ist jedenfalls, dass die Bevölkerung mit einer über 80 Prozent liegenden Wahlteilnahme nicht nur das weitaus höchste Ergebnis aller neuen Mitgliedstaaten beisteuerte, sondern auch zum „Klub“ der 70-90 Prozent Wahlbeteiligung erzielenden alten Mitgliedstaaten Belgien, Italien und Luxemburg aufschloss. Möglicherweise kam darin der Wunsch der Malteser nach einer Manifestation ihrer traditionell nach Europa ausgerichteten Identität²⁰ zum Ausdruck.

17 Siehe Politiken vom 14. Juni 2004, S. 2

18 Vgl. Iral, Hubert, Party Landscape after the 1999 European Election, in: Johansson, Karl, Magnus / Zervakis, Peter (Hrsg.): European Political Parties between Cooperation and Integration, Baden-Baden, 2002, S. 211

19 Die Häfen Maltas stehen den italienischen Schiffen, auch Kriegsschiffen, offen für ihre Aktionen gegen die boat people, vgl. Hoffmann, Karl: Italien Libyen und der Flüchtlingsstrom – Berlusconi Brückenschlag über das Mittelmeer, in: DLF: Europa Heute vom 11. 10. 2004

20 Tobias Piller: Vor einer Bewährungsprobe der Europäischen Union; Länderbericht Malta, in: FAZ vom 14. Juni 2004, S. 16

Bezogen auf das Ergebnis haben die zwei größten Parteien des Landes praktisch den Sieg unter sich ausgemacht: Die regierende nationalistische Partei (PN) erreichte 49 Prozent, die oppositionelle Labour Party (MLP) kam auf 40 Prozent der Stimmen.

Der zweite Inselstaat der der EU 2004 beitrug, Zypern, erzielte mit 70,4 Prozent eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung wie Italien, ist also auch zum 70-90-Prozent „Klub“ zu zählen.

Mit 28,2 und einem Vorsprung von nur 0,3 Prozent erreichte die Demokratische Sammlungsbewegung DISY den ersten Platz vor der Kommunistischen Partei AKEL; deren 27,8 Prozent kamen doch einigermaßen überraschend zustande. Erst auf dem dritten Platz landete mit gut 17 Prozent die bürgerliche Demokratische Partei DIKO. Immerhin den vierten Platz nahm die für die EP-Wahl neu aufgestellte GIA TYN EVROPI, eine dezidiert pro-integrative politische Bewegung, ein.

Polen

Im sowohl flächenmäßig wie auch der Einwohnerzahl nach größten neuen Mitgliedstaat „glänzten die Wähler durch Abwesenheit.“²¹ Mit nicht ganz 20 Prozent Beteiligung lagen die Polen nicht nur weit hinter den Prognosen der Wahlforscher und den sowieso schon relativ geringen eigenen Erwartungen²² zurück, sondern sie erreichten nur die nach der Slowakei niedrigste Beteiligungsziffer unter den neuen Mitgliedstaaten.

Im Ergebnis manifestierte sich eine seit geraumer Zeit zu beobachtende Schwäche der ‚etablierten‘ politischen Parteien.

Mit der Bürgerplattform (PO), die fast 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinte, erzielte eine bis dahin relativ unbedeutende Gruppierung²³ den ersten Platz. Ähnliches gilt für die „Liga der polnischen Familien“ (LPR), sie erreichte mit fast 16 Prozent den zweiten Platz und verdoppelte ihr Sejm-Wahlergebnis von 2001. Auf den dritten Platz kam die Partei „Recht

21 Die Presse vom 15. Juni 2004, S. 12

22 Der polnische Politologe Roman Gutkowski hatte etwa 30 Prozent Beteiligung prognostiziert, vgl. Financial Times Deutschland vom 14. Juni 2004, S. 2

23 Bei der Parlamentswahl im Jahre 2001 war sie nur auf etwa 12 Prozent der Stimmen gekommen

und Gerechtigkeit“ (PiS); auch sie vermochte ihr Ergebnis von 9,5 Prozent aus der letzten Sejm-Wahl um etwa ein Drittel auf 12,7 Prozent zu steigern. Etwas abweichend von dieser Charakteristik erzielte die auf dem vierten Platz landende Samoobrona (Selbstverteidigung) mit 10,7 Prozent in etwa das gleiche Ergebnis wie 2001 (10,2 Prozent). Erst hinter diesen Parteien konnten sich die Parteien der regierenden Linkskoalition platzieren. Am besten schnitt noch das Parteienbündnis Demokratischer Linksbund – Union der Arbeit (SLD-UP) ab; es erzielte einen Stimmenanteil von 9,3 Prozent; 2001 hatte die SLD jedoch allein über 40 Prozent erzielt. Ihr folgte die Polnische Bauernpartei (PSL) mit 6,3 Prozent; die damit noch um etwa 3 Prozent unter ihrem Sejm-Ergebnis 2001 blieb. Mit 5,3 Prozent an letzter Stelle der Parteien, die aus dem linken Spektrum den Sprung ins EP schafften, rangierte die Sozialdemokraten Polens (SDLP); sie hatten sich erst zur EP-Wahl formiert. Zwischen diesen Linksparteien stand die Freiheitsunion (UW); sie erreichte 7,3 Prozent und war ebenfalls vorher in dieser Konstellation bzw. unter diesem Namen nicht in Erscheinung getreten.

Das Wahlergebnis Polens ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, als sich unter den „Siegern“ eine profunde Zahl von rechtskonservativen bis nationalistisch-populistischen Kräften wiederfanden,²⁴ denen eine weitreichende EU-Skepsis bis hin zur EU-Ablehnung gemeinsam ist. Die im Vorfeld der Wahl am meisten beargwöhnte Soombrona, in hohem Maße eine Schöpfung des Anti-EU-Populisten Andrzej Lepper, konnte zwar wegen der verbreiteten Stimmenthaltung auf dem Lande²⁵ nicht den erwarteten großen Erfolg erzielen, dafür stieg die rechtsklerikale Familien-Liga, die noch dezidierter gegen die Integration eingestellt ist, erheblich auf. Aber auch die PiS ist eher zum konservativ-nationalistischen Spektrum zu zählen, denn zu den euroopa-freundlichen Gruppierungen Polens. Mit Ausnahme der PO haben also eher EU-abweisende Kräfte bei der EP-Wahl obsiegt und schicken ihre Vertreter nach Brüssel und Straßburg.

24 Vgl. Rzeczpospolita vom 15. Juni 2004, S. 1-2

25 Vgl. Der Kurier vom 15. Juni 2004, S. 6

Tschechische Republik

Mit 28,2 Prozent lag die Wahlbeteiligung in Tschechien im Mittelfeld der neuen Mitgliedstaaten und hob sich so von der Situation in Polen, einem vergleichbaren reformdemokratischen Staat ab.

Ähnlich wie in Polen wurden aber auch hier die regierenden Linksparteien zurückgestuft und national-konservative bis EU-abweisende Gruppierungen erzielten den größten Wählerzuspruch.

Sieger wurde die Demokratische Bürgerpartei (ODS), sie erhielt 30 Prozent der Wählerstimmen. Mit 20,3 Prozent folgte die Kommunistische Partei (KSČM). Die regierenden Koalitionäre, Sozialdemokratische Partei (ČSSD) und Christlich-Demokratische Partei (KDU-ČSL), landeten mit 8,8 bzw. 9,6 Prozent erst auf dem vierten und fünften Platz.

ODS und Kommunisten weisen sich von ihrer Programmatik her als ausgesprochene EU-Ablehner bzw. -gegner aus. Die ODS ist insoweit in ihrer europolitischen Haltung den Intentionen des rechten Flügels der Conservative Party in Großbritannien vergleichbar. Darüber hinaus hat sich vor allem die führende Persönlichkeit der ODS, Vaclav Klaus, der derzeitige Staatspräsident Tschechiens dezidiert als Integrationsgegner positioniert.²⁶

Einen verhältnismäßig guten dritten Platz mit 11 Prozent erzielte andererseits jedoch die erst für die EP-Wahl konfigurierte Partei der „Europäischen Demokraten“ (ED).

Slowakei

Mit lediglich 16,5 Prozent bildete die Slowakei das Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung.

Insoweit könnte man an ein Anknüpfen an das lange einer Integration gegenüber sehr reservierte Verhalten des Landes denken.²⁷ Der Grund für

26 In seiner Eigenschaft als Präsident der Tschechischen Republik warf er u. a. die Frage auf, ob die EU überhaupt eine eigene Verfassung brauche; vgl. Erklärung des Präsidialamtes der Tschechischen Republik vom 14. Dezember 2003.

27 Noch 1999 hatte sich die damals führende HZDS unter der Leitung Meciar auf ihrem Parteitag dezidiert gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen und statt dessen eine Wiederbelebung der ostwärts gerichteten Kontakte der Slowakei propagiert. In sowjeti-

diese Abstinenz mag aber auch darin liegen, dass die Slowaken innerhalb der letzten Zeit dreimal hintereinander zur Wahlurne gebeten worden waren²⁸.

Mit dem geringsten aller Vorsprünge 0,1 Prozentpunkten obsiegte die regierende Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKU); sie erzielte 17,1 Prozent der Stimmen vor der Partei des früheren Staatspräsidenten Meciar, der „Volkspartei - Bewegung für eine demokratische Slowakei“ (LS- HZDS). Mit 16,9 Prozent fast gleichauf belegte die Partei „Ziel“ (Smer) den dritten Platz vor der mit 16,2 Prozent ebenfalls nur knapp dahinter liegenden Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH). Vier Parteien lagen somit bei der EP-Wahl auf Augenhöhe nebeneinander. SDKU wie auch die LS-HZDS mussten zwar gegenüber der letzten Nationalratswahl Einbußen hinnehmen,²⁹ sie konnten aber einigermaßen ihren Rang im slowakischen Parteiensystem behaupten. Ähnliches gilt für die Partei der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Mit 13,2 Prozent erreichte sie den fünften Platz bei der EP-Wahl; 2002 hatte sie mit etwas weniger Wählerzuspruch (11,2 Prozent) an vierter Stelle gelegen. Ihren Stimmenanteil nahezu verdoppeln vermochte dagegen die KDH, sie stieg von 8,3 auf über 16 Prozent an.

Litauen

Als letztes soll das Wahlverhalten eines ehemals direkt dem sowjetischen Herrschaftsbereich zugehörigen Mitgliedstaates untersucht werden. Von den drei in Frage kommenden Baltischen Staaten wird hier auf Litauen zurückgegriffen, weil sich dort das Wahlverhalten durch massive Wählerwanderungen auszeichnet, gleichzeitig aber ein Trend zum Abbau der Polarisierungen zu beobachten ist.³⁰

schen Zeiten war die Slowakei eine der bedeutendsten Waffenschmieden des Ostblocks gewesen; der Vorschlag Meciar tendierte in diese Richtung.

28 Zwei Kommunalwahlgänge und das EU-Beitrittsreferendum standen 2004 auf der Agenda

29 Die LS-HZDS war damals unter ihrer früheren Bezeichnung HZDS mit beinahe dem gleichen Ergebnis stärkste Partei im slowakischen Nationalrat geworden.

30 Tauber, Joachim: Das politische System Litauens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, 2002, S. 171

Auf der anderen Seite hat sich erst kurz vor der Wahl eine Partei gebildet, die wohl als Nachfolgeorganisation der aus den nationalen Wahlen 2000 als Siegerin hervorgegangenen Litauischen Demokratischen Arbeiterpartei (LDDP) anzusehen ist. Das besondere daran ist, dass die Nachfolgeorganisation, die als „Arbeitspartei“ (DP) bei den EP-Wahlen antrat, von dem russischstämmigen Dollar-Millionär Viktor Uspaskich „formiert“ worden ist und dieser einen dominierenden Einfluss auf die Politik der Partei ausübt. Hauptzielgruppe seines Wahlkampfes waren die Reformverlierer in Litauen.

Exakt diese Partei trug insofern nicht unerwartet mit knapp 30,5 Prozent der Stimmen den Sieg davon, erreichte also einen nahezu identischen Stimmenanteil wie ihre Vorgängerin im Jahre 2000. Zweite wurden die Sozialdemokraten (LSDP); ihr Anteil lag jedoch mit 14,4 Prozent schon unter der Hälfte der DP-Stimmen. Etwas dahinter folgte der konservativ ausgerichtete Vaterlandsbund (TS) mit 12,4 Prozent und mit 11,2 Prozent nur rund einen Punkt weniger erhielt die Liberale Zentrumsunion. Dagegen lagen die Neue Demokratische und Bauernpartei (VNDPS) mit 7,4 und die Liberaldemokraten (LLDP) mit 6,9 Prozent schon deutlich hinter den anderen zurück.

Bei der Wahlbeteiligung bewegte sich Litauen – mit 46,1 Prozent noch über dem EU-Durchschnitt. Darüber hinaus nahm es bei den Reformdemokratien die Spitzenposition ein und stand – mit Ausnahme von Malta und Zypern – auch an der Spitze der neuen Mitgliedstaaten insgesamt.

D Gründe für die Wahlentscheidungen

Bei der Untersuchung der Gründe für die unterschiedlichen Wahlbeteiligungsmargen in den Mitgliedstaaten und für die einzelnen Ergebnisse ist zunächst generell zwischen den Motiven in den alten und den neuen Mitgliedstaaten zu differenzieren.

I. Alte Mitgliedstaaten

In den alten Mitgliedstaaten haben wieder die ‚traditionell‘ das Verständnis und das Interesse für die Integration hemmenden Aspekte mit hineingespielt.

Immer noch ist nur wenigen Bürgern die Bedeutung der Europawahl bewusst. Sie haben zum Beispiel noch gar nicht richtig reflektiert, dass das EP als Mitentscheidungsgesetzgeber nach Inkraftsetzen des VVE über mehr als 90 Prozent der Gesetzeswerke mit abstimmen, also maßgeblich Einfluss auf die Gestaltung der sie auch persönlich betreffenden rechtlichen Rahmenbedingungen nehmen wird. Für viele handelt es sich deshalb bei der EP-Wahl allenfalls um eine eher lästige Aufforderung, ihren politischen Willen kund zu tun, den sie aber gar nicht äußern wollen; jedenfalls nicht zu dieser Zeit und nicht auf diese Weise. Zudem messen sie den von oder in Brüssel abgehandelten Gegenständen – mit Ausnahme vielleicht der Fragen der Inneren Sicherheit³¹ – relativ geringe Bedeutung bei, insofern stufen sie die Teilnahme an der EP-Wahl entsprechend einer Mikrozensus-Skala, die von überhaupt nicht wichtig bis zu sehr wichtig reicht, als eher weniger wichtig ein.

Ein zweites großes Problemfeld stellt die immer noch ungenügende Transparenz der EU-Organe dar. Obwohl das EP mit seinen vielfach öffentlichen Brüsseler Sitzungen und den einigermaßen zugänglichen Tagungen in Straßburg von allen Hauptorganen noch das am meisten transparente ist, bleibt vielen Bürgern das Wesen und der Auftrag des EP als *ihr* eigentlicher Interessensvertreter verborgen. Seine Mitglieder, die MdEP werden als wenig nützliche Politfunktionäre angesehen, die fern von den Bürgern gutbezahlten Tätigkeiten nachgehen. Die von diesen meistens für ihre Wahlkreisbürger organisierten Besuchsmöglichkeiten erfassen zum einen einen nur sehr geringen Prozentsatz der Wähler. Zum anderen sind viele von ihnen schon in den Wahlkreisen irgendwie selbst politisch aktiv oder werden in Vorveranstaltungen „gebrieft“. Eine Breitenwirkung ist insofern nur bedingt erreichbar. Auf massenmedialer Ebene z. B. den Websites des Rats oder Kommission ist zwar in der letzten Zeit eine verbesserte Präsentation der EU-Belange zu konstatieren, aber immer noch sind diese mit viel zu viel Informationen überfrachtet, die eine Orientierung des einfa-

31 Siehe hierzu: Iral, Hubert : Titel V-Kapitel IV, Art. III-257 VVE, Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts, in: Höreth, Marcus, Iral, Hubert, Kühnhardt, Ludger (Hrsg.): Strukturentscheidungen des Europäischen Verfassungsvertrages, Baden-Baden, (erscheint Februar 2005)

chen, interessierten Bürgers nicht unerheblich erschweren. Die Erfahrung der Medienwissenschaft lehrt aber, dass eine unverständliche Internetquelle nicht wieder reflektiert wird, sofern und soweit diese eine Information enthält, die schon generell vom Benutzer nicht als unbedingt für seine Zwecke nutzbar erachtet wird, bzw. für die Erledigung seiner Aufgaben zwingend erforderlich ist. Die Information über die EU im allgemeinen und die Beteiligung an den EP-Wahlen gehören wohl nicht hierzu.

Die dritte Hürde für eine bessere Wahlbeteiligung stellt der vielfach fehlende EU-Bezug dar. Mit Ausnahme der Anti-EU-Gruppierungen haben nahezu alle etablierten Parteien in allen Mitgliedstaaten in erster Linie nationale Politikprobleme thematisiert. Von den Werbeflächen, in den Wahlprogrammen, bei den Reden auf den Wahlveranstaltungen etc. , immer und überall wurde dem Wähler die Notwendigkeit einer Beibehaltung oder Änderung dieser oder jener (wichtigen) nationalen Politiken suggeriert. Dass dabei der Bürger auf die Idee hätte kommen können, es handelt sich eigentlich um eine Wahlentscheidung mit europäischem Bezug, beispielsweise um Fragen der europäischen Sicherheit, gemeinsamer grenzübergreifender Verkehrsrichtlinien oder auch um das Hintastern zu einer europäischen Sozialpolitik, war nahezu aussichtslos und konnte nicht erwartet werden.

Die einzigen, die eine Gesamteuropäische Wahlprogrammatische entwickelten und diese von der im Vorfeld der Wahl ins Leben gerufenen Gesamteuropäischen Grünen Partei EU-weit propagierten und diskutierten, waren die grünen Parteien aus den alten und den neuen Mitgliedstaaten. Dass das beim Wähler auf positive Resonanz stieß, beweist das überproportional gute Ergebnis, das die meisten dieser Parteien in den Mitgliedstaaten erzielten.

Das Fokussieren auf nationale Themenbereiche bedingte dann auch beinahe zwangsläufig dasjenige Wählerverhalten, welches am häufigsten bei der Analyse der Ergebnisse herausgestellt wird: das sog. Protest- oder Denkmittel-Wählen. In der Überzeugung bzw. in dem Glauben belassen, dass sich die nationalen Parteien sozusagen einer interim-legislativen Entscheidung stellten, nahmen nicht wenige Wähler das zum Anlass, diesen mittels Stimmkarte oder Wahlschein „einmal so richtig die Meinung zu sagen“.

Weil es sich nicht um die Neubesetzung der nationalen Parlamente handelte, war auch nicht die Angst oder die Befürchtung vorhanden, das „Protestieren“ könnte zu nachhaltigen Verwerfungen in der heimischen Politikszene führen. Auf dem Nebenschauplatz Europa konnte Mann/Frau das schon einmal durchexerzieren und insoweit folgenlos seine Unzufriedenheit deutlich zum Ausdruck bringen.

Dass dann vor allem die regierenden Parteien ins Gesichtsfeld des Protestes rückten und diese regelrecht abgestraft worden sind, war mehr oder weniger eine logische Folge. Sie waren die Inhaber der Macht, und sie hatten die – ungeliebten – Entscheidungen von Regierung und Parlament im Mitgliedstaat mitgetragen und im EP-Wahlkampf mitvertreten. Also hatten speziell sie für die Fehler und Schwächen gerade zu stehen.

Auffallend ist aber, dass die länger im Amt befindlichen Administrationen, bzw. die sie tragenden Parteien besonders negativ beurteilt wurden, während die erst relativ kurz amtierenden Regierungen/Parteien nicht nur nicht abgestraft oder wenigstens angemahnt worden sind. Im Gegenteil, diese wurden sogar hofiert, indem z.B. die regierenden Parteien Spaniens und Griechenlands jeweils weit vor den oppositionellen Parteien als Sieger hervorgingen; beide Administrationen haben erst 2004 zu arbeiten begonnen. Je intensiver offensichtlich sich der Frust über das schon lange / länger währende „Fehlverhalten“ der Regierungen beim Wähler aufgebaut hatte, um so größer war seine Neigung und die Entschlossenheit, die Parteien abzustrafen. Dass in dem einen Fall, wie etwa bei der Labour Party, die Außenpolitik (Irak-Feldzug), bei dem anderen die Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie etwa bei der französischen UMP der Grund für dieses Wählerverhalten war, ist wenig von Bedeutung. Es zeigt nur, dass der EU-Wähler ‚angeregt‘ von den national gewählten Wahlbezugspunkten der Parteien, alle nationalen Politiken auf einen imaginären europäischen Prüfstand gestellt hat.

Fehlendes Bewusstsein über die europäische Bedeutung, bzw. über die Bedeutung der Integration in Bezug auf die eigene Lebenssphäre, Gering-schätzen der EU-Dimension und immer noch gravierende Lücken im Hinblick auf die Transparenz von EU-Belangen haben zumindest nicht die Ent-

fremdung des Wählers gegenüber der EU-Wahl gestoppt. Insofern hat sich in der Wahl 2004 auch eine weiter schwindende Identifikation des EU-Bürgers mit eigentlich *seiner* Union abgezeichnet. Die weiter zugenommene Wahlenthaltung oder Verweigerung der Wahlteilnahme sind sichtbare Zeichen hierfür.

II. Neue Mitgliedstaaten

Die Zusammensetzung der neuen Mitgliedstaaten und ihre Verortung in den unterschiedlichen geografischen, bzw. historisch-kulturellen Ebenen der EU lässt es angeraten erscheinen, bei der Analyse ihrer Wahlergebnisse eine differenzierte Betrachtung zugrunde zulegen.

1. MSOE- Reformdemokratien

a) Transformationsfolgen und Modernisierungsverlierer

Die Osterweiterung, bzw. der geplante Eintritt in die EU hat die Reformdemokratien Mitte-/Südosteuropas mit ordnungs- und stabilitätspolitischen Anforderungen konfrontiert, die ihren Wirtschaftskreislauf mehr oder weniger auf den Kopf stellten, und an großen Teilen der Bevölkerung nicht spurlos vorübergegangen sind.

Das Umsetzen einer mit internationalem Regelwerk kompatiblen Wachstumsstrategie, sowie die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nach markt-konformen Grundsätzen³² ist diesen Staaten angesichts ihrer schwierigen Ausgangsposition nur unter großen wirtschafts-, vor allem aber sozialpolitischen Opfern möglich gewesen. Obwohl prinzipiell alle Bevölkerungsschichten berührt wurden, war es insbesondere die arbeitende Bevölkerung, die am meisten von den Reformmaßnahmen betroffen worden ist. Rationalisierungen zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz ließen Arbeitsplätze flächendeckend wegfallen, gleichzeitig aber reduzierte sich das Netz der sozialen Absicherung durch immer schmaler ausfallende Etats der öffentlichen Hand, die eine radikale Zurückführung der Sozialleistungen unabdingbar machten. In einer ähnlich bedrängenden Lage fanden sich die Bewohner ländlicher Gebiete in den Staaten wieder, in denen wie z.B. in Po-

32 Welfens, Paul J..J. , Anpassungsproblem in postsozialistischen Ländern Osteuropa im Vorfeld der EU-Erweiterung APuZ, B 3-4, 1999, S. 42

len ein Schwerpunkt der Wirtschaftskraft auf kollektiv strukturierten landwirtschaftlichen Großbetrieben (Produktionsgenossenschaften, Kolchosen etc.) fußte. Allein schon deren Entflechtung und Reprivatisierung führte zu erheblichen sozialen Spannungen; noch mehr aber belastete dann die unvermeidbare Konkurrenzsituation mit den entwickelten (Agrar-) Märkten der EU die Neubauern.

Hinzu kamen die Spätwirkungen des gesellschaftlich-politischen Umbruchs aus der Wendezeit mit der Transformation der politischen Systeme und der Grundrechtsordnungen. Diese, obwohl im Prinzip begrüßt, verstärkten dennoch das Gefühl der Entwurzelung, der politischen Heimatlosigkeit und der sozio-ökonomischen Perspektivlosigkeit, das nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung unvermeidbar war.

Insoweit stellte sich die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU geradezu als Hoffnungsschimmer dar. Vom Beitritt in die Union versprachen sich viele die Lösung ihrer drängendsten Probleme, zumal diese Hoffnung durch die politischen Parteien, Staatsmänner, kommerzielle Standesorganisationen etc. , die den Beitritt wollten und vorantrieben, genährt wurde. Das galt insbesondere für die Zeit vor und am Beginn des Beitrittsprozesses, aber auch im Zuge der Referenden über den Beitrittsvertrag wurde vielfach noch diese Karte gespielt.

Bei vielen Bürgern stellte sich jedoch nicht die erwartete Verbesserung der Lebenssituation ein, jedenfalls nicht so schnell wie erhofft, und die anfängliche Offenheit hin zur Union wandelte sich Schritt für Schritt in eine nagende Skepsis, ob die Union diese ihre Probleme werde lösen können.³³ Aus der Skepsis entwickelte sich eine Distanz, die mit zunehmendem Problemdruck in eine Ablehnung umschlug und schließlich in die Verweigerung gegenüber jeglichen Integrationsbelangen und -ideen überging.

Diese Tendenz wurde nicht zuletzt dadurch befördert und gestärkt, dass in fast allen diesen Ländern politische Kräfte von „gestern“ auf den Plan traten und mit nationalistisch-populistischen Parolen oder reaktionär-konservativen Programmen ein „Weg von der EU“ propagierten. Sie sug-

33 Vgl. Pollack, Detlef: Nationalismus und Europaskepsis in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, in : APuZ, B 38, 2004, S. 31

gerierten, das die Probleme besser und schneller auf eigene, national-staatliche Weise, bzw. mit kollektiven Mustern zu lösen seien. Die verängstigten und verunsicherten Verlierer der Transformationsprozesse griffen mehr oder weniger gierig und unkritisch diese Bekundungen als eine Art Heilsverkündungen auf und sie waren bereit, deren politischem Credo zu folgen.

b) Demokratischer Erfahrungsmangel

Die unkritische Haltung wurde aber auch dadurch bedingt, dass eine über 40 Jahre dauernde Entmündigung in den kommunistisch- /sozialistischen Systemen Spuren hinterlassen hat, die nicht so schnell überwunden werden konnten. Vielfach fehlte es am politisch-strategischen Einschätzungsvermögen ebenso wie an der erforderlichen demokratischen Übung. Das knappe Dutzend an Jahren, das seit der Konstituierung der Reformdemokratien verstrichen war, hatte bei weitem nicht ausgereicht, dieses Manko auszugleichen.

Da die Nationalisten, Populisten, links- und rechtskonservativen Anführer überdies in fast keinem Land – mit Ausnahme vielleicht der Slowakei und Lettlands – wirklich politische Verantwortung übernahmen bzw. übernehmen mussten, brauchten sie fast nirgendwo den Beweis für die Umsetzbarkeit ihrer Parolen in praktische Politik anzutreten. Umgekehrt bot sich den Bürgern kaum Gelegenheit, die Winkelzüge und „ungedeckten Schecks“ zu durchschauen.

Die EP-Wahl traf insoweit auf ein indoktriniert EU-ablehnendes bis feindlich gesinntes Wählerpotential.

III. Hintergründe der Wahlentscheidung in einigen Mitgliedstaaten

Malta

Die hohe Wahlbeteiligung überrascht auf den ersten Blick etwas, insofern Maltas sozio-ökonomische Lage vor einer Bewährungsprobe in der Europäischen Union stehen wird. Viele traditionellen Eckpfeiler der Wirtschaft, Werften, Tourismus, Verarbeitendes Gewerbe (Leder) sind in ökonomischen Schwierigkeiten und bedürfen der Umstrukturierung. Das hat nicht zuletzt auch zu einer Arbeitslosenquote von 8,6 Prozent beigetragen. Über

einem aufwendigen und kostenträchtigen Sozialplan, der drei Prozent des BIP umfasste, wurde aber beispielsweise im Herbst 2003 die Werftenbeschäftigungsproblematik abgedeckt. Zudem hat der EU-Beitritt schon positive Folgen bei den Lebensmittelpreisen gezeitigt. Weil die Schutzzölle für die einheimischen Produzenten wegfielen, wurden etwa Wein, Pasta oder Tomaten um bis zu 60 Prozent preiswerter. Die Malteser haben also schon sehr praktisch die Vorteile der EU-Mitgliedschaft erfahren. Im Verein mit der bereits oben dargelegten pro-europäischen Grundhaltung der Bevölkerung wird die Wahlbeteiligungsquote der Malteser nachvollziehbar.

Zypern

Die verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung in Zypern ist auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen sind viele Zyprioten stolz darauf, dass sie es endlich geschafft haben, in die Union aufgenommen zu werden. Die EP-Wahl so kurz nach dem Beitritt kam sozusagen zum richtigen Zeitpunkt. Zum anderen hat paradoxerweise die andauernde Trennung entscheidend zu dieser hohen Wahlbeteiligung beigetragen. Entgegen den Intentionen der EU, die im unmittelbaren Vorfeld des Beitritts vergeblich darauf hinarbeitete, ein wiedervereinigtes Zypern aufnehmen zu können, haben sich nicht die Reformer durchgesetzt, die für eine Wiedervereinigung eintraten. Wie die Ergebnisse der einzelnen Parteien zeigen, sind vor allem diejenigen von ihnen, die sich für eine Fortführung der Teilung ausgesprochen hatten, als Sieger aus der Wahl hervorgegangen. Die zypriotischen Wähler haben also mittels der Wahlteilnahme insbesondere die Spalter belohnen wollen.

Polen

Das polnische Wahlverhalten wurde in der Hauptsache aus drei Quellen gespeist. Ganz zuvorderst ist hier die oben dargelegte Transformationsdimension zum Tragen gekommen. In Polen sind neben vielen gewerblichen Arbeitnehmern auch und vor allem ein hoher Prozentsatz der landwirtschaftlich ausgerichteten Bevölkerungsteile von den Umstellungsschwierigkeiten betroffen. Insofern ist es zum einen nicht verwunderlich, dass die nationalistisch-populistischen Strömungen in Polen ihren Rückhalt besonders bei der ländlichen Bevölkerung finden, u.a. ist der EU-Gegner Lepper

aus der radikalen Bauernpartei hervorgegangen, die sich als Gegenbewegung zur von ihr propagierten Verelendung der Landwirte durch die EU-Mitgliedschaft geriert hat. Zum anderen hatten die demokratischen Parteien weder ein tragfähiges Konzept noch eine effiziente Strategie, wie sie diesem Phänomen entgentreten sollten bzw. könnten.

An zweiter Stelle steht die Orientierung breiter Bevölkerungsschichten an den Vorgaben der Amtskirche. Polen ist von allen EU-Mitgliedstaaten nicht nur das noch am meisten katholisch durchdrungene Land, die polnische Kirche und ihre Mitglieder gehören mit zu den am engsten noch den konservativ-katholischen Prinzipien verbundenen Religionsgemeinschaften. Weisungsunterwerfung unter Maßgaben *ex cathedra*, Familienplanung nur nach natürlichen Möglichkeiten, regelmäßiger Kirchgang etc. sind insoweit prägnante Verhaltensmuster. So gesehen kann es kaum verwundern, dass eine konservativ-klerikale Liga den dritten Platz bei der Wahl erreichte.

An dritter Stelle stehen die Folgen der Auseinandersetzung Nizza kontra EU-Verfassung. Vor dem Beitrittsreferendum hatten führende Politiker und Parteipräsidenten auch und vor allem aus dem Regierungslager für eine Zustimmung geworben, indem sie auf die starke Stellung des Landes gem. dem Vertrag von Nizza verwiesen. Als im Zuge der Regierungskonferenz Polen zu Abstrichen bei den Nizzabefugnissen aufgefordert wurde, gerieten eben diese Politiker innenpolitisch in Schwierigkeiten, denn die nationalistisch-populistischen Kräfte Polens nahmen dies zum Anlass, ihre Anti-EU Kampagnen zu verstärken. Um dem entgegen zu arbeiten, versuchte man zunächst mit der ebenfalls populistischen Losung „Nizza oder der Tod“ eine harte Linie an den Tag zu legen und den Anti-EU-Strömungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Als die Regierung dann aber auf die Kompromisslinie der irischen Ratspräsidentschaft einschwenkte, kam das in den Augen vieler Polen einem Verrat an den nationalen Interessen und einer Kapitulation vor der EU gleich. Die nationalistisch-populistischen und auch andere, gegen die EU ausgerichteten Kräfte verstanden es geschickt, im Europawahlkampf auf diesen „Vaterlandsverrat“ hinzuweisen und die Wähler aus ihrer Sicht erfolgreich an das Nizza-Einknicken der Regierung zu erinnern.

Slowakei

Das Wahlergebnis spiegelt exakt die wesentliche Trennlinie innerhalb der slowakischen Wählerschaft, zwischen denen die einen autoritären Führungsstil und anti-westlichen Haltungen zuneigen und denen, die eher konsensorientiert, demokratisch eingestellt und für das westliche Gesellschaftsmodell votieren³⁴ wider

Deutschland

Die Wahlbeteiligung ist nicht zuletzt deswegen noch einigermaßen hinnehmbar geblieben, weil zeitgleich die Landtagswahlen in Thüringen stattfanden.³⁵ Insbesondere die dort sehr stark gewordene PDS hat über ihre Wählerschaft offensichtlich dazu beigetragen, denn wie viele frühere nationale Wahlgänge und auch ihre Beteiligung an EP-Wahlen erkennen lassen, gelingt ihr regelmäßig ein hoher Mobilisierungsgrad unter ihren Anhängern und Wählern.

Großbritannien

Auch Großbritannien hat von den gleichzeitig stattfindenden regionalen bzw. kommunalen Teilwahlen profitiert. Indem die Wähler aufgerufen waren, 158 Regional Councils inklusive The London Assembly neu besetzen, wurden offensichtlich weit mehr Wähler als sonst bei EP-Wahlen dazu bewegt, den Gang zur Wahlurne anzutreten. Im Zuge dessen ist dann auch der Wahlschein für die EP-Wahlen ausgefüllt worden. Einen erheblichen Beitrag zu der außerordentlich hohen Steigerung der Wahlbeteiligungsquote hat aber ohne Zweifel auch das weit überproportionale Wahlergebnis der UKIP geleistet.

34 Kipke, Rüdiger: Das politische System der Slowakei, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, 2002, S. 287

35 Die Wahlbeteiligung in Bezug auf die LT-Wahlen betrug 54,0 Prozent, in Bezug auf die EP-Wahlen lag sie bei 53,9 Prozent. Insoweit ist die Kongruenz beider Beteiligungsziffern augenfällig. Damit stand Thüringen nur etwa 4 Prozent hinter dem Spitzenreiter Rheinland-Pfalz und dem Saarland (57,3) an dritter Stelle der Bundesländer. Im Vergleich dazu brachte es das größte Bundesland Bayern nur auf eine Beteiligungsquote von 39,7 Prozent und auch das bevölkerungsreichste Land NRW lag mit 41,1 Prozent noch deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt; Quelle: SZ vom 15. Juni 2004, S. 10 und 11

IV. Personenbezogene Wirkungsfaktoren

Bei der EP-Wahl 2004 haben erstmals zwei Gruppen von Personen / Persönlichkeiten außerhalb der großen Interessensvereinigungen eine bedeutende Rolle gespielt: Es sind dies zum einen eine Art Seitenein- oder auch -aufsteiger, die zwar EU-kritisch eingestellt sind, aber generell die Integration selbst und deren Fortentwicklung unterstützen.

Zum anderen traten vor allem in den MSOE-Staaten, aber nicht nur dort-siehe Großbritannien- nationalistisch gefärbte Populisten auf den Plan, die es z.T. sehr erfolgreich verstanden, den Unmut und die Ablehnung breiter Bevölkerungsschichten gegen die Integration selbst, sowie gegen deren Zielstellungen und Wirkungsweisen für ihre Intentionen nutzbar zu machen.

1. Alte Mitgliedstaaten

Bei den Seiteneinsteigern sind insbesondere der Journalist und frühere SPÖ-MdEP Hans Peter Mayer³⁶ sowie der Niederländer Paul van Buitenen, ein ehemaliger Beamter der EU-Kommission, ins Rampenlicht getreten.

Beide waren schon bisher bzw. früher in den Brüsseler Apparat integriert und konnten sich deshalb im Wahlkampf als authentische Zeitzeugen für die aus ihrer und ihrer Wähler Sicht fehlerhaften Strukturen und Mechanismen des Integrationsbetriebes präsentieren. Ihr selbst propagiertes Ziel ist es, die Schwachstellen der Integration offen zu legen und mit Unterstützung ihrer Anhänger/Wähler dem ihrer Meinung nach unhaltbaren, problematischen Prozedere oder zumindest den unerquicklichen Zuständen in Brüssel entgegen zu arbeiten. Auf diese Weise wollen sie laut eigenen Bekundungen dazu beitragen, dass die Integration im richtigen Fahrwasser weiter voran kommt. Dabei hat der eine (Mayer) insbesondere das unsägliche

36 Mayer hatte noch 1999 als Spitzenkandidat der Partei diese zum Wahlsieg geführt; er war wegen seiner Kritik an den Spesenpraktiken mancher MdEP aus der SPE-Fraktion ausgeschlossen und von der Wahlliste für 2004 gestrichen worden; vgl.: Der Standard : „SPÖ siegt, aber Martin gewinnt“, vom 14. Juni 2004, S. 2

che Spesenrittertum der MdEP³⁷ im Auge, während der andere „einen Kreuzzug gegen Betrug und Schwindel in der Kommission“³⁸ führen will.

Massenmedial unterstützt gelang es ihnen in relativ kurzer Zeit, Resonanz bei unzufriedenen und enttäuschten, teilweise aber auch verärgerten Bürgern zu finden. Insbesondere bei denjenigen, die in einer Art von „in-between-Haltung“ der Integration gegenüberstehen und die durch die mediale Ausbreitung der tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen Missstände mehr oder weniger aufgeschreckt worden sind, fanden sie Rückhalt.

Dies erkennend, initiierten und gründeten sie zusammen mit Gesinnungsgenossen neue Organisationen, die sich gemäß den eigenen Verlautbarungen als Interessensvertreter der EU-kritischen Wählerschaft an der Europawahl beteiligten.

2. Neue Mitgliedstaaten

Die Reihe der Integrationsgegner in den alten Mitgliedstaaten führt auch ein ehemaliger Parlamentarier und Journalist an. Robert Kilroy-Silk war in den 90er Jahren MEP der Labour Party und das in gehobener Funktion, sowie zuletzt vor seiner politischen Karriere Moderator einer politischen ausgerichteten Talkshow der BBC. Als er im Frühjahr 2004 wegen rassistischer und antisemitischer Äußerungen diesen Posten verlor, schwang er sich zum ‚front man‘ der UKIP auf. Das Programm dieser Partei wurde unter seiner Ägide noch stärker als vorher auf praktisch einen Kernpunkt konzentriert, auf die Forderung „Britain leave the Union“. Damit ist im Grunde genommen schon alles über die politische Einstellung Kilroy-Silks gesagt. Mit seiner smarten und alerten, mediengewohnten und -erprobten Art trug er nicht unerheblich dazu bei, dass die Partei auf den dritten Platz aufstieg (vgl. o. S. 15f.).

Nominell etwas weniger erfolgreich, aber dennoch beachtenswert schlug sich der führende Mann des Front National, Jean-Marie Le Pen. Persönlich in Frankreich in die Schranken gewiesen (Entzug des Parlamentsitzes) gelang es ihm, die in den Wahlen zur Nationalversammlung 2002 deutlich

37 Vgl. SZ vom 14. Juni. 2004, S. 9

38 De Volkskrant vom 12. Juni. 2004, S. 4

zurückgestufte Partei zu neuem Leben zu erwecken. Er vermochte nicht nur die bei der letzten EP-Wahl errungene Position zu halten, sondern deutlich zu verbessern. Offensichtlich ist es dem ‚altgedienten‘ Vorkämpfer für ein ‚Frankreich und Europa frei von Fremden‘ der sich statt als charismatischer Führer mit Personenkultanklängen³⁹ im Vorfeld der EP-Wahlen als zielorientierter Taktiker präsentierte, gelungen, seine persönliche Zurückweisung, wie auch die Folgen der Parteispaltung⁴⁰ zu überwinden und zu alter Stärke zurück zu finden.

Auffälligste Figur in den neuen Mitgliedstaaten war der starke Mann der polnischen Soombrona, Andrzej Lepper, der sich vom Bauernführer über den Sachwalter aller Verlierer des Wandels seit 1989 zum Vorsitzenden einer ihm faktisch zu Diensten stehenden Partei hocharbeitete; die Europawahl war so gesehen ein wichtiger Schritt auf seinem langen Marsch durch die Institutionen als seriöser Volkstribun.⁴¹ Schon während der Auseinandersetzungen über das Verhalten Polens gegenüber dem Stimmenpotential des Landes im Rat, und erst recht während der heißen Phase des Europawahlkampfes, gab er sich als dezidierter EU-Kritiker zu erkennen. Mit scharfmacherischen Parolen und nationalistischen Brandreden gegen den Ausverkauf polnischer Interessen an eine seelenlose Bürokratie in Brüssel, traf er ziemlich genau die Stimmung bei vielen Polen (vgl. o. S. 19ff.), insbesondere nach dem für das Land desaströsen Gezerre zur Reform von Nizza im VVE. Darüber hinaus agierte er mit direkten Aktionen nach französischem Vorbild und polarisierte auf polnische Weise mit Rückgriff auf die Passion des Landes und den Mythos des Bodens, sowie die Hervorhebung der Bauernschaft als Bastion der Unabhängigkeit.⁴² Das trug maßgeb-

39 Vgl. Osterhoff, André: Die Euro-Rechte - Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten, Münster 1997, S. 30

40 1998 trennte sich ein Teil der Partei unter der Führung des zweiten Mannes Bruno Mégret ab und gründete eine eigene rechtsradikale Gruppierung, die MNR, die in Konkurrenz zum Front National trat. Dieses Manöver hätte dem Front National 1999 fast den Einzug in das EP gekostet.

41 Gerhard Gnauck: Polens Bauerfänger startet seinen Triumphzug - Andrzej Lepper, Chef der Bauernpartei und selbst ernannter EU-Kritiker, gilt als großer Gewinner der Europawahl, in: Die Welt, vom 14. 6. 2004, S. 5

42 Schmidt-Heuer, Christian: Der Ritter der blauen Veilchen , in: Die Zeit vom 18. August 2004, S. 2

lich dazu bei, dass die Soombrona in allen Umfragen vor der Wahl den zweiten Platz eingenommen hatte.

Weniger im Vordergrund, gleichwohl in diesem Kontext aber zu beachten war die Führungsfigur der slowakischen „Smer“ Robert Fico. Nach Ansicht vieler Beobachter ein kaum weniger nationalistisch orientierter und populistisch auftretender Taktiker als Lepper in Polen, nur dass er weniger offen gegen die EU agitiert hat.

Mehr oder weniger charismatische und / oder telegene bzw. medienerfahrene Spitzenkandidaten von EU-kritischen bzw. EU-feindlichen Parteien, Gruppierung etc. haben einen guten Teil dazu beigetragen, dass diese Parteien in einigen Mitgliedstaaten vordere Ränge erreichten. In Hinblick auf die Wirkung derartiger Führungspersonen im politischen Leben darf die Frage gestellt werden, ob die Erfolgsziffern der besagten Parteien ohne sie jeweils genau so hoch gewesen wären.

V. Zulauf aus marginalisierten Parteien:

Der Erfolg der ‚Listen‘ in Österreich und den Niederlanden wäre trotz aller Anziehungskraft der Spitzenleute nicht so hoch ausgefallen, wenn nicht in jedem Land jeweils eine Partei, auseinandergefallen, bzw. sich nicht durch innere Widersprüche und Querellen selbst marginalisiert hätte. War es in Österreich die FPÖ, die sich nach dem Ausscheiden Haider aus ihrem Führungszirkel in Führungsstreitigkeiten aufrieb und durch den Eintritt in die Regierung ihren Nimbus als bürgerlich-radikaler Reformmotor zwangsläufig aufgeben musste, so traf ähnliches auf die Verhältnisse in den Niederlanden zu. Die Liste Pim Fortuyn, die sich bei ihrer Gründung ebenfalls als Radikalreformerin des politischen Systems verstand und die bei der ersten Wahlteilnahme 2002 immerhin 26 Prozent der Stimmen gewonnen hatte, hat sich nach unendlichen Streitereien und personellen Querellen im September 2004 endgültig als wählbare Alternative desavouiert. Die Partei entzog der Fraktion, die nach der zweiten Wahlteilnahme 2003 auf ein Viertel ihres vorherigen Umfangs ‚geschrumpft‘ war, das Vertrauen.

Die diese Parteien vorher unterstützenden Wählerschichten in Österreich bzw. in den Niederlanden sahen deshalb keinen Sinn mehr darin, weiter auf sie zu setzen und suchten nach einer neuen politischen Heimat. Die kri-

tisch-reformerisch auftretenden ‚Listen‘ stellen somit einen gern aufgegriffenen Anlaufpunkt für diese Wähler dar. Unter dem Blickwinkel des bevorzugten Protestes auf dem europa-politischen Nebenschauplatz – s. o. S. 26 – traf es sich um so besser, dass die Listen ihren Reformeifer auf die europäische Ebene konzentrierten; die Durchführung der EP-Wahlen bot einen willkommenen Anlass, die kritische Haltung gegenüber der EU zu artikulieren und zugleich die Programmtreue oder Programmfestigkeit ihrer neuen Interessensvertreter im Hinblick auf eine spätere – in ihren Augen wohl wichtigere – Aufgabenbetrauung auf nationaler Ebene zu erproben.

Teil II: Beteiligungsrate als Legitimations-Defizit?

Klaus Hänsch hat im Zusammenhang mit den Problemen bei der EU-Gesetzgebung zurecht ausgeführt, dass „die natürliche Legitimation der Europäischen Union noch nicht gefestigt ist.“⁴³ Die erneut zurückgegangene Wahlbeteiligung könnte insoweit die Frage nach der abnehmenden Legitimation des Europäischen Parlaments aufwerfen. Anders gefragt: Handelt es sich bei der zurückgehenden und erneut gesunkenen Wahlbeteiligung um ein Übergreifen des bei den beiden anderen am Gesetzgebungsprozess beteiligten Organen diskutierten Legitimationsdefizits auf das Parlament, wenn auch in anderer Form? Während dem Rat vorgehalten wird, dass er nur indirekt, über die von den nationalen Parlamenten getragenen Regierungen legitimiert ist,⁴⁴ sehen andere bei der Kommission zumindest solange ein relativ ernstes Legitimationsdefizit, solange der Präsident der Kommission nicht direkt vom Europäischen Parlament gewählt wird.⁴⁵

Strukturell ist das Europäische Parlament das am stärksten legitimierte Organ, da es unmittelbar von den Bürgern gewählt wird und Vertreterin ihrer

43 Hänsch, Klaus: „Legitimation der Europäischen Union – Demokratiedefizite und Lösungsmöglichkeiten durch Institutionen und Politiken“, in: Maurer, Andreas /Thiele, Burckhard (Hrsg.): Legitimationsprobleme und Demokratisierung der Europäischen Union, Marburg, 1996, S. 11

44 Vgl. Höreth, Marcus, Die Europäische Union im Legitimationstrilemma. Baden-Baden, 1999, S. 215

45 Der VVE sieht deshalb gem. Art I-27, Abs. 1 nicht von ungefähr vor, den Kommissionspräsidenten durch das EP wählen zu lassen.

Interessen auf der EU-Ebene ist. So gesehen ist es am eindeutigsten demokratisch begründet, umgekehrt dürften an das Legitimationserteilungsverfahren (die Wahl der MdEP) auch erhöhte Anforderungen zu stellen sein. Eine erneut geringe und insgesamt wieder zurückgegangene Wahlbeteiligung ist aus diesem Blickwinkel nicht ganz unproblematisch. Und solange die Wahlen, wie jetzt wieder geschehen, von innenpolitischen Erwägungen und Themen beherrscht werden, leisten diese auch keinen nennenswerten Beitrag zur besseren demokratischen Legitimierung.⁴⁶ Insofern ist ein – s. o. S. 25 – auch daraus resultierendes Zurückgehen der Wahlbeteiligung sicherlich kein Argument für die Stärkung der Legitimierung des EP.

Eine andere Frage ist, ob die schon zum zweiten Mal unter 50 Prozent gebliebene Beteiligungsquote als gefährlich für das politische System der Union eingestuft werden muss, bzw. kann? Sind Wahlbeteiligungsquoten unter 50 Prozent wirklich dramatisch oder gar alarmierend?

Um hier einen etwas klareren Blickwinkel zu gewinnen ist es sinnvoll, einen Blick auf andere staatliche Gemeinwesen zu werfen, die auf einer zumindest ähnlichen Ausgangsbasis gleich niedrige Wahlbeteiligungsziffern aufweisen. Der Blick fällt hier auf das Wahlverhalten der USA. Bei aller Vorsicht des nur bedingt vergleichbaren Systembodens – hier Integration, dort Bundesstaat, hier einmaliger Wahlgang innerhalb von fünf Jahren, dort Wahlen alle zwei Jahre, hier Kandidatur von Mehrparteiensystemen, dort bis auf eine Ausnahme (Vermont) Kandidatur von lediglich zwei Parteien (Republikaner und Demokraten) etc. – der Vergleich mit den USA könnte richtungsweisende Aufschlüsse für eine realistische Einschätzung des politisch-demokratischen Outputs von niedrigen Wahlbeteiligungen auf ein politisches System geben, also in etwa auch auf das der EU.

A Die Wahlbeteiligung bei den Federal Elections

Vorneweg: die oft gehörte Argumentation, niedrige Wahlbeteiligungen in den USA seien schon deswegen unbedenklich, weil sie praktisch traditionell knapp an oder unterhalb der 50 %-Grenze lagen, stimmt so nicht. Zum

46 Hrbek, Rudolf, Europawahl 2004: neue Rahmenbedingungen – alte Probleme, in: Integration 3 / 04, S. 211

einen schon deshalb nicht, weil die Beteiligungsraten, die bei den Wahlen zwischen den Präsidentschaftswahlen zu verzeichnen waren, einerseits eine weit größere Schwankungsbreite aufwiesen und zumindest seit Mitte der 70er Jahre erheblich unter der 50 %-Grenze lagen.

Darüber hinaus zeigen auch die im Präsidentschaftswahljahr durchgeführten Wahlgänge allein seit Ende des Zweiten Weltkrieges ein wesentlich facettenreicheres Bild. Ausgehend von rund 51 Prozent (1948) stieg die Beteiligung zunächst auf maximal 61,9 Prozent (1964), um sich dann allmählich aber nicht kontinuierlich im 50%-Bereich einzupendeln. Allerdings ist hier weniger von einer linearen Entwicklung zu sprechen, allein die deutlichen Unterschiede zwischen den drei Wahlentscheidungen in den 90er Jahren⁴⁷ führen hier eher zu einer Charakterisierung als „pulsierende Wahlbeteiligung“.

Die Frage ist nun, wie die USA selbst, ihre Politiker, Wissenschaftler, Juristen etc. mit ‚ihrem‘ Wahlbeteiligungsphänomen umgehen. Betrachten sie es als gefährlich oder gar alarmierend, wenn stets nur rund 50 Prozent der Bürger zur Wahl gehen? Oder gehen sie mehr oder wenig lässig darüber hinweg, da es sich ja um nichts besonderes handelt?

Es würde hier zu weit führen, die ganze Palette der Stellungnahmen, Erörterungen, Kommentierungen usw. aufzugreifen und zu analysieren. Vielmehr reicht es hier aus, zwei Positionen der US-Politikwissenschaft heran zu ziehen, die den Umgang der USA mit dem Wahlverhalten der Bürger in einer Weise darlegen, die deren Einschätzung auf die Verhältnisse in der EU übertragbar erscheinen lassen.

In einer 1993 veröffentlichten Studie zur Mobilisierung und Beteiligung in der Demokratie führten Rosenstone und Hansen aus: „The decline in voter participation is the most important, most familiar, most analyzed, and most conjectured trend in recent American political history.“⁴⁸ Die USA widmen also dem Phänomen Wahlbeteiligung durchaus ihre Aufmerksamkeit und betrachten die Angelegenheit selbst als eine sehr bedeutende Sache. Inso-

47 1992 lag die Rate bei 55,0; 1996 bei 48,9 und 2000 bei 51,2 Prozent.

48 Rosenstone, Steven and Hansen, John, Mark: Mobilization, Participation and Democracy in America, New York, Macmillan Press, 1993, S. 57

fern ist es in ihren Augen sinnvoll und notwendig, die Gründe des Wahlverhaltens zu analysieren. „Researchers, theorists, pundits, politicians, and reformers are searching for causes or cures.“⁴⁹ Und sie machen sich Gedanken, wie der gesunkenen Wahlbeteiligung eine andere Richtung – nach oben – gegeben werden könnte: „It is claimed that less expensive campaigns, loftier political rhetoric, weigther journalismus, puplic financing, easier registration, online voting, or more distinctive party platforms will bring voters back to poll.“⁵⁰ Aus diesen Einlassungen ist zum einen kein Vertuschenwollen oder Schönreden der Problematik zu entnehmen. Dieses nüchtern-pragmatische Herangehen entspricht zum anderen der amerikanischen Mentalität, ein Problem anzunehmen und zu lösen, insofern ist hier kein Alarmismus etwa in bezug auf eine Bedrohung der föderalen Ordnung oder gar auf das Auseinanderfallen der Föderation infolge bedenklicher Wahlbeteiligungsraten zu erwarten. Dem steht aber auch nicht entgegen, dass Rosenstone und Hansen darauf aufmerksam machen, dass „the more recent decline of citizens involvement in government has yielded a politically engaged class that is not only growing smaller and smaller but is also less and less representative of American polity.“⁵¹

B Schlussfolgerungen für die EP-Wahlanalyse

Welche Lehren sind nun aus diesen Einlassungen für das Wahlverhalten der EU-Bürger zu ziehen, welche Schlüsse lassen sich für die Einschätzung der Beteiligungsziffern in der Union ableiten?

Zunächst: Auch die EP-Wahlen bieten kein einheitliches Bild. Entgegen der häufigen Argumentation, dass sich die Wahlbeteiligung in der Union auf einem mehr oder minder aussichtslos unumkehrbaren Abwärtstrend bewege, zeigt ein genauerer Blick ein wesentlich differenzierteres Szenario: Die Mehrheit der Mitgliedstaaten weist eine gleichbleibende Wahlbeteiligung auf, bzw. diese unterliegt dem natürlichen Auf und Ab des Wählerwillens. Nur einige wenige Mitgliedstaaten erfahren wirklich ein perma-

49 McDonalds, Micheal, P. / Popkin, Samuel, L.: The Myth of the Vanishing Voter, American political Science Review, Vol. 95, No 4 December 2001, S. 963

50 ibd.

51 Rosenstone, Steven, S. / Hansen, John, Mark , a.a.O., S. 248

nent sinkendes Wählerinteresse. Andererseits kann auch nur eine geringe Zahl von Mitgliedstaaten auf ein mehr oder minder starkes Ansteigen der Wahlbeteiligung aufbauen.

In der Summe ergibt sich also ein eher ausgeglichener Saldo, denn eine permanent- zukunftsprognostizierbare Verlustrechnung.

Resümee und Ausblick

Die niedrige und weiter gesunkene Wahlbeteiligung in der EP-Wahl 2004 ist kein wirkliches Menetekel, gleichwohl enthält es einen Hinweis darauf, dass einiges zwischen den Bürgern und der Union im Argen liegt. Insofern sind zwar warnende Stimmen hilfreich, und diese sollten durchaus auch gehört werden.⁵² Jeder Alarmismus mit Zerfallsprognosen für die Union ist jedoch zumindest als Folge der sinkenden Wahlbeteiligung, bzw. des abnehmenden Wählerinteresses bar jeglicher Realität. Ein etwas mehr am amerikanischen Pragmatismus orientiertes Umgehen mit dem Problem wäre der Sache dienlicher.

Weit größer ist der Risikofaktor, der sich im Anwachsen eines peripheren Nationalismus in den Reformdemokratien Mittel-/Südosteuropas entwickelt. Diese Entwicklung kann insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten dauerhaft Fuß fassen und ungleich mehr zu einer Infragestellung der Integration dort führen. Welche Folgen das auf das Gesamtgebiet der EU hätte, ist zwar nur schwer einzuschätzen. Allerdings ist mit Adam Krzeminski davon auszugehen, dass – wenn wirklich in einem oder mehreren dieser Staaten die internen Stricke reißen sollten,⁵³ d. h. die sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Spannungen der Umbruchprozesse etc. überzuborden drohen – das Auffangnetz der Integration diese Konflikte abmildern kann und abmildern wird.

52 Die dänische Tageszeitung ‚Information‘ führte in diesem Sinne aus: „Die extrem niedrige Wahlbeteiligung ist eine ernste Mahnung an die politischen Führer, dass am derzeitigen EU-Projekt Grundlegendes unstimmig ist. Es fehlt ihm in beängstigendem Ausmaß die Fähigkeit, Bürger zu begeistern und zu engagieren.“; siehe Information vom 16. Juni 2004, S. 5

53 Adam Krzeminski, DLF Europa Heute, Europakolumne, vom 11. 10. 2004

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büngrer
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-39-2

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>